

Projektmeldung | Cabo Verde | Beratung Öffentlicher Sektor

Annual Action Programme 2018 Part 2

Förderung der Phase II des AFRITAC WEST 2 - Projekts, v.a. Kapazitätenaufbau

Finanzierungsbewilligung

06.02.2019

Land:	Cabo Verde, Ghana, Liberia, Nigeria, Gambia, Sierra Leone, Westafrika
Finanzierung:	Europäischer Entwicklungsfond (EEF)
Kategorie:	Beratung Öffentlicher Sektor

Für den zweiten Teil des Jahresaktionsprogramms 2018 für Westafrika stellt die Europäische Union im Rahmen ihrer Zusammenarbeit mit den AKP-Staaten einen Beitrag in Höhe von 5 Mio. Euro aus Mitteln des 11. Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) zur Verfügung. Er umfasst die zweite Phase des AFRITAC WEST 2-Projekts in den sechs o.g. ECOWAS-Mitgliedstaaten. Ziel ist die Verbesserung der regionalen wirtschaftlichen Integration. Dafür ist der Kapazitätenaufbau in u.a. folgenden Bereichen vorgesehen: Verbesserung und Harmonisierung von Gesetzen, Politik und Finanzverwaltung, Zoll- und Steuerverwaltung, Geldpolitik, Bankenaufsicht und Statistik.

Bitte melden Sie sich an, um diesen Inhalt aufzurufen

Klicken Sie auf den Button "My GTAI Login" und loggen Sie sich mit Ihrer Benutzererkennung ein. Sollten Sie für diese Webseite noch kein Benutzerkonto haben, können Sie sich hier schnell **KOSTENLOS REGISTRIEREN**

[My GTAI Login](#)

Mehr zu:

Cabo Verde / Ghana / Liberia / Nigeria / Gambia / Sierra Leone / Westafrika
Beratung Öffentlicher Sektor / Zollberatung / Außenwirtschafts-, Industriepolitik / Zollgesetz und Zollverfahren, übergreifend / Konjunktur / Beratung, Planung und Forschung, übergreifend / Öffentliche Verwaltung und Regierung / Wirtschafts-, Außenwirtschaftsförderung / Projektmanagement, Evaluierung / Banken, Kreditinstitute / Statistik /

Öffentliche Finanzen, Staatshaushalt
Projekte

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.